

7. Medienkongress

Vorsprung Bayern – Die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems

Mittwoch, 28. November 2018 um 13:00 Uhr

Künstlerhaus am Lenbachplatz, Festsaal

Lenbachplatz 8, 80333 München

Begrüßung

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Staatsminister Dr. Herrmann,
lieber Florian,

sehr geehrter Herr Wilhelm,

sehr geehrter Herr Schneider,
lieber Siegfried,

sehr geehrter Herr Prof. Lobigs,

sehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter Herold,

sehr geehrter Herr Hallitzky,

meine Damen und Herren,

herzlich willkommen zu unserem

7. Medienkongress!

Ich freue mich, dass so viele Menschen
gekommen sind!

Die Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
ist – gelinde gesagt – herausfordernd.

Die beteiligten Interessengruppen sind zahlreich
und haben zum Teil sehr unterschiedliche
Auffassungen.

Dennoch gibt es den übergreifenden Willen, eine Konsenslösung zu finden.

In welche Richtung diese gehen könnte, darüber erfahren wir heute mehr.

Klar ist aus unserer Sicht: Die Strukturreform muss mehr als ein Kompromiss sein. Denn sie bietet allen relevanten Akteuren die Chance, zu profitieren.

Als Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft vertreten wir die Interessen von mehreren Stakeholdern, die am Reformprozess beteiligt sind.

Zu nennen sind

- die Vereinigung Bayerischer Rundfunkanbieter,
- der Bayerische Rundfunk,
- die bayerische Landeszentrale für neue Medien,
- die ProSiebenSat.1 Media AG,
- die SKY Deutschland AG,
- die Allianz der Produzenten Film und Fernsehen,
- der Verband Druck und Medien,

- und der Verband Bayerischer Zeitungsverleger.

Unser Ziel ist es,

- dass alle unsere Mitglieder mit der Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems gut leben können
- und dass das duale System erhalten bleibt.

Voraussetzung dafür ist es, dass wir gemeinsame Interessen entdecken und einen gemeinsamen Reform-Rahmen gestalten.

Aus diesem Grund haben wir Prof. Lobigs vom Institut für Journalistik an der Technischen Universität Dortmund damit beauftragt, allgemeine Konsenslinien zur Auftrags- und Strukturreform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu erarbeiten.

Zusätzlich haben wir eine Dokumentation über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und die bisherigen politischen Entscheidungsprozesse erstellen lassen.

Herr Prof. Lobigs wird die Konsenslinien heute vorstellen.

Diese sind nicht in Stein gemeißelt.

Sie sollen die Reformdiskussion voranbringen.

Wir haben das Ziel, aus diesen Konsenslinien eine gemeinsame vbw Position abzuleiten.

Hierfür laden wir die betroffenen Interessengruppen schon heute zu einem Workshop im Frühjahr 2019 unter wissenschaftlicher Beteiligung ein.

In der Debatte um die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems gibt es mehrere umstrittene Themen:

- die Höhe des Rundfunkbeitrags,
- die Gestaltung der Programminhalte,
- das Verbot der Presseähnlichkeit
- und die digitale Präsenz.

Auf der anderen Seite haben

- Öffentlich-Rechtliche,
- Privatsender,
- Länder,
- Film- und Fernsehproduzenten
- und Presseverlage

anerkannt, dass es aufgrund des digitalen Medienwandels eine Reform geben muss.

Ein wesentlicher Grund dafür ist der digitale Wandel.

Wir brauchen eine Antwort auf Fake-News, Hate-Speech, Desinformation, Radikalisierung und Manipulation im Netz und müssen den Algorithmen der Plattformen etwas Gemeinsames entgegensetzen.

Studien bestätigen, dass Länder mit einem starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk die genannten Negativeffekte der Plattformen abmildern und den Zusammenhalt der Gesellschaft fördern.

Unser Problem in Deutschland ist, dass die „Schutzmauer“ der starken Öffentlich-Rechtlichen bröckelt, weil

- die Onlinenutzung zunimmt
- und die öffentlich-rechtlichen Sender bislang eine schwache Position im Netz einnehmen.

Ein Lösungsansatz ist deshalb, dass wir ein digitales Gegengewicht errichten, an dem alle Stakeholder beteiligt sind.

Dazu ist aber eine Neudefinition der Beziehungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der Verlage und der Privatsender vonnöten.

Denkbar ist es, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk um eine neuartige Vermittlungsfunktion ergänzt wird und selbst zur Plattform für gesellschaftliche relevante Inhalte wird.

Öffentlich-Rechtliche, Privatsender und Verlage konkurrieren in diesem Szenario nicht mehr miteinander, sie kooperieren.

Weil sich alle an der Plattform beteiligen, gibt es nur Gewinner.

Um dieses Modell zu konkretisieren und weiterzuentwickeln, wollen wir als vbw in dem bereits erwähnten Workshop die Grundlagen für die Einsetzung einer Strukturkommission der Ministerpräsidenten-Konferenz formulieren.

Auch die Kostensituation macht eine Reform notwendig.

Die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten hat bereits 2016 vorgerechnet, dass der Rundfunkbeitrag bei unveränderter Struktur von derzeit 17,50 Euro auf gut 19 Euro im Jahr 2021 angehoben werden müsste.

Darauf haben insbesondere die Länder mit Kritik reagiert.

Als vbw können wir uns die Ablösung des bisherigen Verfahrens zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten vorstellen.

Eine Möglichkeit wäre es, ein Indexierungsmodell einzuführen, das sich an der Inflationsrate orientiert und damit eine Beitragsstabilisierung garantiert.

Die Rundfunkanstalten könnten in einem solchen Modell zudem die Festbudgets für ihre Auftragserfüllung erhalten.

Darüber hinaus müsste es den Öffentlich-Rechtlichen erlaubt sein, diese Festbudgets flexibel einzusetzen.

Dies fördert eigenmotivierte Sparanreize und zugleich eine flexible professionelle Anpassung der Auftragserfüllung.

Meine Damen und Herren,

alle Stakeholder stehen zu den verfassungsrechtlichen Grundzügen der dualen Medienordnung – auch wir als vbw.

Diese duale Medienordnung muss sich jetzt aber dem digitalen Wandel anpassen.

Es liegt an uns, dass wir die Chancen, die sich hieraus eröffnen, auch nutzen.

Ich freue mich jetzt auf die weiteren Vorträge und hoffe auf eine konstruktive Diskussion!

Vielen Dank!